

# Appell an das Land

## Medizinstudenten fürchten um Zukunft

MAINZ. ULL. Unzufrieden über das neue Gesundheitsstrukturgesetz sind die Mainzer Medizinstudenten. In einer Resolution fordern sie die rheinland-pfälzische Landesregierung auf, bei der Abstimmung im Bundesrat am 18. Dezember den Zulassungsbeschränkungen für Kassenärzte nicht zuzustimmen. „Diese Beschränkungen kommen einem indirekten Berufsverbot gleich“, so die Studenten.

Ärzte, die nach vier Weiterbildungsjahren in einem Krankenhaus ihre Ausbildung abgeschlossen hätten und eine eigene Praxis eröffnen wollten, erhiel-

ten bei einer vielerorts herrschenden „Übersorgung“ keine Zulassung. Also blieben sie in den Krankenhäusern und versperrten den Nachkommenden wichtige Weiterbildungsplätze. Auf diese Weise würden Menschen „per Gesetzbeschuß über Nacht in die Arbeitslosigkeit geschickt“, moniert die Fachschaft Medizin. „Dabei steht schon heute fest, daß ab 1999 die Zahl der Kassenärzte nicht mehr ausreichen wird, um die zunehmende Zahl älterer und chronisch kranker Menschen angemessen zu versorgen“, heißt es in der Resolution.